

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abnahme in der Reichshauptstadt und den Angehörigen 2 RM. im Monat, bei Bestellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2,50 RM. Alle Postanschriften: Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6



Einzelnenpreis: Die 4. und 5. Klasse 20 Pf., die 6. und 7. Klasse 15 Pf., die 8. und 9. Klasse 10 Pf., die 10. Klasse 5 Pf. Die 11. Klasse 2 Pf. Die 12. Klasse 1 Pf. Die 13. Klasse 50 Pf. Die 14. Klasse 1 RM. Die 15. Klasse 1,50 RM. Die 16. Klasse 2 RM. Die 17. Klasse 2,50 RM. Die 18. Klasse 3 RM. Die 19. Klasse 3,50 RM. Die 20. Klasse 4 RM. Die 21. Klasse 4,50 RM. Die 22. Klasse 5 RM. Die 23. Klasse 5,50 RM. Die 24. Klasse 6 RM. Die 25. Klasse 6,50 RM. Die 26. Klasse 7 RM. Die 27. Klasse 7,50 RM. Die 28. Klasse 8 RM. Die 29. Klasse 8,50 RM. Die 30. Klasse 9 RM. Die 31. Klasse 9,50 RM. Die 32. Klasse 10 RM. Die 33. Klasse 10,50 RM. Die 34. Klasse 11 RM. Die 35. Klasse 11,50 RM. Die 36. Klasse 12 RM. Die 37. Klasse 12,50 RM. Die 38. Klasse 13 RM. Die 39. Klasse 13,50 RM. Die 40. Klasse 14 RM. Die 41. Klasse 14,50 RM. Die 42. Klasse 15 RM. Die 43. Klasse 15,50 RM. Die 44. Klasse 16 RM. Die 45. Klasse 16,50 RM. Die 46. Klasse 17 RM. Die 47. Klasse 17,50 RM. Die 48. Klasse 18 RM. Die 49. Klasse 18,50 RM. Die 50. Klasse 19 RM. Die 51. Klasse 19,50 RM. Die 52. Klasse 20 RM. Die 53. Klasse 20,50 RM. Die 54. Klasse 21 RM. Die 55. Klasse 21,50 RM. Die 56. Klasse 22 RM. Die 57. Klasse 22,50 RM. Die 58. Klasse 23 RM. Die 59. Klasse 23,50 RM. Die 60. Klasse 24 RM. Die 61. Klasse 24,50 RM. Die 62. Klasse 25 RM. Die 63. Klasse 25,50 RM. Die 64. Klasse 26 RM. Die 65. Klasse 26,50 RM. Die 66. Klasse 27 RM. Die 67. Klasse 27,50 RM. Die 68. Klasse 28 RM. Die 69. Klasse 28,50 RM. Die 70. Klasse 29 RM. Die 71. Klasse 29,50 RM. Die 72. Klasse 30 RM. Die 73. Klasse 30,50 RM. Die 74. Klasse 31 RM. Die 75. Klasse 31,50 RM. Die 76. Klasse 32 RM. Die 77. Klasse 32,50 RM. Die 78. Klasse 33 RM. Die 79. Klasse 33,50 RM. Die 80. Klasse 34 RM. Die 81. Klasse 34,50 RM. Die 82. Klasse 35 RM. Die 83. Klasse 35,50 RM. Die 84. Klasse 36 RM. Die 85. Klasse 36,50 RM. Die 86. Klasse 37 RM. Die 87. Klasse 37,50 RM. Die 88. Klasse 38 RM. Die 89. Klasse 38,50 RM. Die 90. Klasse 39 RM. Die 91. Klasse 39,50 RM. Die 92. Klasse 40 RM. Die 93. Klasse 40,50 RM. Die 94. Klasse 41 RM. Die 95. Klasse 41,50 RM. Die 96. Klasse 42 RM. Die 97. Klasse 42,50 RM. Die 98. Klasse 43 RM. Die 99. Klasse 43,50 RM. Die 100. Klasse 44 RM.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 250 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Antsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 20. Oktober 1930

Volk in Not.

Der Tod im Revier. — Überdrehung der Steuerschraube. Der umkämpfte Young-Plan.

Wieder einmal flatterten an den Fördertürmen eines deutschen Bergreviers die großen schwarzen Fahnen; und sie riefen in die Welt hinaus, daß der Tod durch das Revier geschritten ist. Mehr noch: nicht mit einem Hieb schielte er so viele, viele Menschen über der Erde und „unter Tags“ nieder, sondern er machte halt und zerdrückte mit seinen Knochenfingern langsam, ganz langsam das Lebenslicht der Männer tief unten im Berg, die nach der Katastrophe noch verzweifelt sich zu retten, sich emporzurängen versuchten. Und als der Tod von der Stätte seines Wirkens weitergegangen war, da ließ er 250 Särge hinter sich, zu denen sich aus den Schächten oder aus den Krankenhäusern wohl noch mehr hinzugesellen werden. Und er ließ ein vergeblich angehäuftes Leid zurück. Aber zu Glend und Not darf und soll dieses tausendfache menschliche Leid nicht werden, wenn Deutschlands Trauer um den Verlust dieser 250 Bergleute echt ist, über äußere Zeichen der Teilnahme hinausgeht. Denn tief griff der Tod so auch hinein in die wirtschaftliche Existenz der Hinterbliebenen, wobei die Knappschaftsversicherung einen wirklichen Ausgleich natürlich nicht schaffen, nur ärgste Not verhindern kann. Auch diese praktische, notwendige Seite der Teilnahme Deutschlands ist darum aufgebaut, und nicht bloß von den öffentlichen Körperschaften sind bereits Mittel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden, sondern auch aus privaten Kreisen fließen Summen zusammen, um schnell zu helfen. Denn allzu laut schreit diese Zahl, diese „250“ hinweg über ganz Deutschland. Im Reichsrat, der einzigen jetzt versammelten parlamentarischen Körperschaft, hielt der Reichsminister Dr. Wirth die Trauerrede, in der er auch der tatkräftigen, übermenschlichen Arbeit der Helfer, der Rettungscolonnen, gedachte. Leider konnten sie in der Hauptsache nur Tote hinaufbefördern an das Licht, das die 250 nicht mehr schauen können. Aber das ganze niederdeutsche Land hinweg weht die schwarze Trauerfahne und nur Selbstverständliches verfügte der Nachener Regierungspräsident, als er zum äußeren Zeichen dieser Trauer die Veranstaltung von Vergnügungen für acht Tage unterlagte.

Überhaupt passen Tanz, Gesang und Karrentreiben schlecht zu dem dunklen Ernst unserer Zeit. Und darum ist es auch zu verstehen, daß der rheinische Oberpräsident jetzt schon mahnt, maßzuhalten in den Festlichkeiten des Winters, der Karnevalszeit. Das meiste bei dieser Einschränkung wird freilich die Not selbst tun, die sich in einem industriell so hochentwickelten Gebiet, wie es das Rheintal zum großen Teil ist, mit besonderer Deutlichkeit geltend macht. Nichts soll natürlich verboten werden, was jenen Ernst für ein paar Stunden unterbrechen soll, wohl aber muß jeder allzu grelle Gegensatz zu den Nöten so vieler Hunderttausender vermieden werden, die im Dunkel dieser Sorgen stehen. Wieder ist, wenn auch langsam, die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland gestiegen, und ein Ausdruck der darin sich zeigenden Wirtschaftskrise ist es auch, wenn die Reichsregierung mitteilen muß, daß trotz der zahlreichen Steuererhöhungen der letzten Zeit das Aufkommen aus den Steuern und Zöllen in der ersten Hälfte des Haushaltsjahres 1930/31 — also vom 1. April bis zum 30. September — um 552 Millionen zurückgefallen hinter dem, was dem Voranschlag zufolge in dieser Zeit eingehoben soll. Fast 300 Millionen davon sind Mindereinkünfte bei den Besitz- und Verlehrs-, 255 Millionen bei den Verbrauchssteuern und den Zöllen. Es spricht noch ein starker Optimismus aus der Hoffnung, daß sich bis Ende des Jahres hier ein Einnahmerrückgang von nur 600 Millionen herausstellen wird, — wobei ja nicht zu vergessen ist, daß bis dahin die Zulwendungen an die Arbeitslosenversicherung noch erheblich über das vorgesehene Maß hinaus steigen werden. Wie überdreht die Steuerschraube schon jetzt ist, geht z. B. aus der einfachen Tatsache hervor, daß im ersten Halbjahr 1930/31 das Gesamtaufkommen aus Steuern und Zöllen nur um 35 Millionen höher war als in der gleichen Zeit des Vorjahres, obwohl inzwischen starke Erhöhungen bei der Bier- und der Tabaksteuer sowie bei den Zöllen erfolgten. Berücksichtigt man dies für einen wirklichen Vergleich, so ergibt es sich, daß ohne diese Erhöhungen das Gesamtaufkommen im jetzt beendeten Halbjahr um 200 Millionen geringer wäre als in diesen sechs Monaten des Vorjahres.

Daß deswegen nun gerade der Young-Plan wieder zu einem immer stärker umkämpften Problem zu werden scheint, weil man daraus wenigstens in Deutschland eine Erleichterung in dieser Krise erhofft, darf man uns im Ausland zum mindesten nicht verübeln. Uns brennt die Not auf den Nägeln und Dr. Schacht braucht, wie man es in gewissen amerikanischen Zeitungen angedeutet findet, bei seiner Propaganda in Amerika keineswegs erst der „Ermutigung“ dazu durch internationale Bankiers, die gern Europas Schulden gestrichen sähen“. Wir wissen ja, daß Widerstände genug bestehen gegen den immer lauter werdenden Wunsch Deutschlands, irgendwie zu einer Revision des Young-

Der Reichshaushalt für das kommende Jahr

Ersparnisse des Reiches für 1931.

Die politische Lage. Das Reichskabinett trat zusammen, um den Haushalt für 1931 zu beraten. Das Reichsfinanzministerium hat in längeren Verhandlungen mit den einzelnen Stellen den Haushaltsplan so weit gebracht. Kanzler und Finanzminister wollen dafür Sorge tragen, daß der Etat rechtzeitig vom Kabinett verabschiedet wird, damit er dem Reichstage bei dessen Zusammentritt gedruckt vorliegen kann. In erster Linie stehen Ersparnisse. Diese sollen auf 150 Millionen festgelegt werden. Es unterliegt aber kaum einem Zweifel, daß auch die allgemeine Lage der Innen- und Außenpolitik einer Betrachtung unterzogen wurde.

Der Reichskanzler wird in den nächsten Tagen die Vertreter mehrerer Landesregierungen nach Berlin bitten, um mit ihnen das Finanzprogramm des Reiches in dem gleichen Sinne zu erörtern, wie er es in Stuttgart mit den Vertretern der süddeutschen Freistaaten getan hat. Ende Oktober will Brüning nach Dresden reisen, um sich auch mit der sächsischen Regierung zu verständigen. Alle diese Besprechungen dienen der Vorbereitung der Beratung im Reichsrat, die Reichskanzler, Reichsfinanzminister und Reichsarbeitsminister durch eine eingehende Darlegung ihrer politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Absichten einleiten wollen.

Herabsetzung von Ministergehältern.

Agrarmaßnahmen. Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Haushalts für 1931 faßten die Minister den Beschluß, nicht erst eine gesetzliche Herabsetzung ihrer Bezüge abzuwarten, sondern bereits ab 1. November auf 20 Prozent ihrer Gehaltsbezüge zu verzichten.

Das Reichskabinett trat schließlich auf Grund eines Vortrages des Reichsministers Schiele in eine eingehende Erörterung der zur Milderung der landwirtschaftlichen Notlage erforderlichen Maßnahmen ein.

Haushalt 1931 verabschiedet.

Die weiteren Verhandlungen des Kabinetts. Berlin, 25. Oktober. Das Reichskabinett hat in mehrstündiger Beratung den Haushalt für das Rechnungsjahr 1931 endgültig verabschiedet. Die verabschiedete Vorlage wird am 28. Oktober Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister und den norddeutschen Landesregierungen, am 30. Oktober, wie bereits gemeldet, mit der sächsischen Regierung sein. Berlin, 25. Oktober. Der am Freitag vom Reichskabinett verabschiedete Haushalt von 1931 balanziert in Einnahmen und Ausgaben mit rd. 10 1/2 Milliarden. Gegenüber dem Notverordnungsstaat sind rd. 1140 Millionen Ausgaben erspart worden. Auf der Einnahmenseite tritt vor allem der Mindereintrag der Steuern in Erscheinung, der für 1931 auf 875 Millionen geschätzt wird, wozu noch verschiedene wegfallende Steuern im Betrag von 484 Millionen kommen, zusammen Mindereinnahmen von über 1360 Millionen, von denen das Reich etwa 900, die Länder etwa 300 Millionen zu tragen haben, während der Lohnsteuerrückgang von 119 Millionen, der in den Steuerausfällen eingerechnet ist, zu einer Kürzung der Ueberschüssen an die Knappschaft führt. Ein höherer Steuerertrag konnte nur bei der Tabaksteuer veranschlagt werden, die im Rahmen des Finanzprogramms erhöht wird. Der Tabaksteuerrückgang soll einen Mehrertrag von circa 170 Millionen liefern. Die Beamtengehaltskürzung trägt dem Reich bei seinen Beamten 62 Millionen, bei der Reichspost ungefähr ebensoviel ein.

Plans oder mindestens zu einem Moratorium zu gelangen und zwar in absehbarer Zeit, was uns wohl eine Überwindung der auch politisch zu einer Krise werdenden Wirtschaftsnote bringen könnte. Hoffentlich wird auch bald der Zeitpunkt kommen, von dem ab uns unsere hartberzigen Gläubiger nicht mehr die Mahnung zurufen können, erst einmal Ordnung in unsern Haushalt zu bringen! Diese Gläubiger behandeln uns viel härter, als ihr Schuldverhältnis Amerika gegenüber es tut. Und ein, wenn auch nicht gerade sehr eindrucksvoller Trost für uns ist es wenigstens, wenn den Engländern und namentlich den Franzosen von Washington aus unzweideutig versichert wird, sie könnten ihre Schulden auch dann bezahlen, wenn Deutschland mit den seinen in Verzug gerät oder eine Erleichterung erfährt. Freilich nützt uns dieser mager Trost vorläufig praktisch gar nichts und, wenn wir in Deutschland es auch dankbar empfinden, daß vom Ausland her überall uns Worte der Teilnahme zu dem schweren Unglück in Alsdorf gewidmet werden, — dankbarer wären wir, wenn man uns in unserer viel größeren, weil allgemeinen Not recht bald Hilfe durch die Tat zuteil lassen werden würde! Dr. Br.

Die Ersparungsabsichten des Reiches.

Die Wirkungen auf die Länder. Der thüringische erste Staatsminister Baun hat an die Regierungen der deutschen Länder ein Schreiben gerichtet, in dem auf die Absicht des Reiches hingewiesen wird, dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes zur Einschränkung des Personalaufwandes in der öffentlichen Verwaltung zu unterbreiten. Danach sollen die Dienstbezüge der Beamten der Länder und sonstigen öffentlichen Verwaltungen im gleichen Ausmaße gekürzt werden wie die der Reichsbeamten. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß das Reich beabsichtigt, die künftigen Überweisungen an die Länder im Hinblick auf die Personalkosten herabzusetzen. Einer derartigen Absicht müßten die Länder in ihrem eigenen Interesse zur Vermeidung schwerer Schädigungen mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Außerdem würde das Reich mit einer solchen Maßnahme neben der Einsparung bei seinen eigenen Beamten noch einen weiteren Vorteil auf Kosten der Länder ziehen.

Die thüringische Regierung glaubt, dem Reichsentscheid nur dann zustimmen zu können, wenn die Sicherheit bestehe, daß die aus der Gehaltskürzung bei den Ländern und Gemeinden ersparten Aufwendungen auch ungeschmälert diesen selbst zugute kommen. Die thüringische Regierung bittet die Landesregierungen um Stellungnahme.

Arbeitsbeschaffung durch preuß. Vorschläge

40stündige Arbeitswoche, ein neuntes Schuljahr. Der preussische Ministerpräsident Braun hat in einem Brief dem Reichskanzler die preussischen Vorschläge zur Besserung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt übermittelt. Es handelt sich dabei zunächst um drei ausgearbeitete Pläne:

1. Die Einführung eines neunten Schuljahres, das die Gemeindefrüher in den Berufs- und Fortbildungsschulen durchzuführen sollen. Dadurch sollen 250 000 Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt genommen werden.
 2. Eine Verordnung, wonach keine Arbeiterentlassungen in Betrieben vorgenommen werden dürfen, solange nicht die 40stündige Arbeitswoche eingeführt ist.
 3. Ein Verbot der Wanderarbeiter, die in keinem Fall mehr zugelassen werden sollen. Diese Maßnahme würde sich gegen etwa 80 000 ausländische Arbeitskräfte richten.
- Im preussischen Staatsministerium fand der Vorschlag einer allgemeinen Senkung der Arbeitszeit zur Ermöglichung von Neueinstellungen eingehende Würdigung. Man verkennt dabei die Schwierigkeiten und Bedenken nicht, die einer allgemeinen Durchführung eines solchen Gedankens entgegenstehen, und kam überein, der Reichsregierung die Prüfung der Frage zu empfehlen, ob nicht auf dem einen oder dem anderen Wirtschaftsgebiet eine vorübergehende Herabsetzung der Arbeitszeit ohne Schädigung gesamtwirtschaftlicher Interessen möglich sei. Daneben unterbreitete das Staatsministerium der Reichsregierung den Vorschlag, alsbald eine Regelung zu treffen, daß bis auf weiteres alle Betriebe, die zu einer Einschränkung ihrer Arbeit gezwungen sind, so lange keine Verminderung ihrer Belegschaft vornehmen dürfen, als die von der Arbeitsbeschränkung betroffene Belegschaftsgruppe bei einer Verminderung der Arbeitszeit noch mindestens 40 Wochenstunden oder fünf Tagesstunden Beschäftigung finden kann. Durch eine solche Maßnahme würde die weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht unwesentlich gebremst und gleichzeitig den Verdächtnissen der einzelnen Betriebe Rechnung getragen werden. Bei der Berechnung der Schulpläne ist ein Jahr wäre damit zu rechnen, daß mindestens 250 000 von den Eltern 1931 die allgemeine Schulpflicht beendenden Jugendlichen Arbeitsplätze in der Wirtschaft außerhalb der Landwirtschaft, für die diese Regelung nicht gelten soll, in Anspruch nehmen würden. Dabei ist daran gedacht, daß weitere Schuljahr in erster Linie der Vorbereitung des Jugendlichen auf seinen künftigen Beruf zu widmen und die Ausbildung, die er so erfährt, bei seiner späteren Berufsausbildung in angemessenem Umfang zur Anrechnung zu bringen. Lediglich für diejenigen Jugendlichen, die das Ziel der Volksschule nicht erreichen und über deren mangelhafte elementare Kenntnisse in allen Wirtschaftszweigen immer wieder geklagt wird, soll das neue Schuljahr zur Besserung dieser Kenntnisse innerhalb des Rahmens der Volksschule selbst verwandt werden. Durch die Ausschaltung der ausländischen Arbeiter könnten mindestens 100 000 Arbeitsplätze frei gemacht werden.

Retiorationen. Gleichzeitig hat der preussische Ministerpräsident zur Ergänzung ein umfassendes Retiorationsprogramm des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Steiger, das ebenfalls die Zustimmung des Staatsministers gefunden hat, an den Reichskanzler weitergeleitet. Landwirtschaftsminister Dr. Steiger schlägt vor, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Reiches mit großem Nachdruck für die Berufsausbildung der landwirtschaftlichen Retiorationen einzutreten. An Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials weist er auf den erheblichen Prozentsatz der Acker-, Vieh- und Waldarbeiter, der doch immer wegen nicht ausreichender Entwässerung keine genügende wirtschaftliche Ausbeutung zulasse. Ferner verweist er auf die der landwirtschaftlichen Kultur noch nicht erschlossenen 3,3 Millionen Hektar Hoch- und Niederungs Moore. In der 30 Prozent...